



BAYERISCHER LANDKREISTAG

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Pressemitteilung
14. Oktober 2004

Bayerische Landräte fordern effiziente und bürgerfreundliche Verwaltung vor Ort

Joachim Herrmann beim Landräteseminar in Gerolzhofen

„Eine effiziente und bürgerfreundliche Verwaltung vor Ort und nicht aufgeblähte Sonderbehörden müssen das Ziel einer Behördenreform sein“, so der Erste Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Roland Schwing, Miltenberg, beim Landräteseminar des Bayerischen Landkreistags in Gerolzhofen am 14. Oktober 2004. In Anwesenheit des CSU-Fraktionsvorsitzenden Joachim Herrmann wies er darauf hin, dass die Forderungen des Bayerischen Landkreistags mit den in der Regierungserklärung vom 6. November 2003 erklärten Zielen übereinstimmen: „Wir fragen uns aber, warum die Bayerische Staatsregierung den erklärten Zielen nicht die entsprechenden Taten folgen lässt. Verwaltungsreform im Allgemeinen und Behördenreform im Besonderen müssen vom Bürger aus und für den Bürger gedacht werden und haben nur dann Erfolg, wenn sie von Landtag, Staatsregierung, Kommunen und Bürgern gemeinsam getragen werden.“

Schwing befürchtet, dass sich die Behördenreform des Freistaates in einer „Sonderbehördenreform“ und Reform der Mittelstufe erschöpfen wird: „Dem Bayerischen Landkreistag geht es weder um die Einverleibung von Sonder- und Fachbehörden in die Landratsämter noch um einen Machtzuwachs, sondern ausschließlich um eine unvoreingenommene Prüfung, welche der mit den Aufgaben der Landratsämter ohnehin zusammenhängenden hoheitlichen Aufgaben von Sonder- und Fachbehörden sich für eine Übertragung auf die Landratsämter eignen. **Zielrichtung ist und bleibt die bürger- und ortsnahe, leistungsfähige Verwaltung aus einer Hand.**“

Schwing erinnerte daran, dass der Bayerische Landkreistag auch in anderen Bereichen der Verwaltungsreform die Bemühungen der Staatsregierung schon tatkräftig unterstützt hat. So wurden im Rahmen des vor einigen Jahren laufenden Projekts „Aufgabenüberprüfung der Landratsämter“ über 1.500 Vorschläge und im vergangenen Jahr weitere 120 Vorschläge zum Abbau und zur Privatisierung öffentlicher Aufgaben eingebracht. Viele dieser Vorschläge wurden bereits umgesetzt.

Enttäuscht ist Schwing jedoch darüber, dass bei der jetzt laufenden Behördenreform die Überlegungen des Landkreistags nicht berücksichtigt werden, obwohl sie mit den erklärten Zielen der Staatsregierung und der CSU-Fraktion übereinstimmen. „Bis jetzt ist mir keine einzige nennenswerte Reformüberlegung im Sinne einer bürgernahen Bündelungsbehörde Landratsamt bekannt. Warum soll das Landratsamt z. B. nicht vom Sonntags-Arbeitsverbot befreien können und nicht ein guter Ansprechpartner für das Erziehungsgeld sein?“ Im Gegenteil sollen den Landkreisen Aufgaben genommen werden, wie z. B. der Vertragsnaturschutz oder Zuständigkeiten im Jagdrecht und Waldgesetz.

Schwing appellierte an Joachim Herrmann, die Grundaussagen der Staatsregierung, nämlich Verwaltungsleistungen aus einer Hand auf der unteren Ebene und Stärkung der Kreisverwaltungsbehörden als zentrale Genehmigungsbehörden, wenigstens beim Paket 2 der Behördenreform zu verwirklichen.